

Wiener Dampfboot.

№ 110.

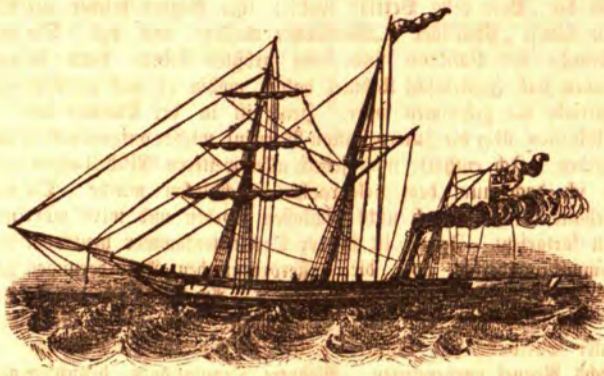
1875.

Freitag,

den 14. Mai.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 3 Mark,
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten
3 1/2 Mark
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum
einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten
mit 15 N.-Pf., von Nicht-Abonnenten
und Auswärtigen mit 20 N.-Pf. berechnet.
Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 N.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nachmittag
2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 10 N.-Pf.

Die diplomatische Auseinandersetzung mit Belgien.

Das diplomatische Material der Beschwerden, welche das Deutsche Reich gegen Belgien vorgebracht, und der Antworten der Belgischen Regierung, liegt jetzt vollständig vor und rechtfertigt durchaus den Eindruck, welchen man bei der ganzen Angelegenheit von vornherein empfinden mußte. Die Deutschen Beschwerden sind so begründet, daß sie das einfachste Rechtsgefühl anerkennen muß, und die Forderungen so natürlich und im Grunde selbstverständlich, daß man sich nur wundern kann, daß sie nicht schon längst erhoben und erfüllt worden sind; und diesen klaren und einfachen, selten aber keineswegs drohenden Auseinandersetzungen gegenüber hat die klerikale Belgische Regierung nur Ausflüchte, Verdrehungen des Sachverhalts und matte Beschönigungsversuche. Deutschland hat, wie die Deutsche Note betont, durchaus keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Belgiens im Auge, aber es erhebt Klage gegen die Einmischungen Belgischer Unterthanen in die innere kirchliche Politik Deutschlands und verlangt, die Belgische Regierung solle gesetzgeberische Maßnahmen treffen, um den innern Frieden der Nachbarstaaten vor Störung durch Belgische Unterthanen zu sichern; dazu habe Belgien eine ganz besonders starke Verpflichtung als neutraler und garantierter Staat. Zugleich versichert die Deutsche Regierung auch ihrerseits, die entsprechende Lücke ihrer Gesetzgebung ausfüllen zu wollen. Daß die Belgische Regierung, sowohl in dem Vergehen gegen den Attentäter Duchesne als in ihren Maßregeln gegen die klerikale Agitation ihren internationalen Verpflichtungen gegen Deutschland nicht nachgekommen, machte ihr auch der Führer der liberalen Opposition in der Brüsseler Deputiertenkammer, Fyvere Debat, zum Vorwurf, wobei er das treffende Wort sprach, die Neutralität sei keine Festsung, in die man sich einschließen könne, um sich seinen Verbindlichkeiten zu entziehen, und gegen das herrschende klerikale Ministerium die schwere Anklage erhob, nach Innen das Land an den Abgrund des Bürgerkrieges zu bringen und nach Außen es in Verwickelungen mit den Nachbarn zu stürzen. Es wurde dieser Lage in Deutschen officiellen Blättern die Frage erörtert, ob in der That Deutschland ein besonderes Interesse an der Erhaltung dieses kleinen von feindlichen Willküren erfüllten Staates habe, und es wurde ferner hervorgehoben, daß seiner Zeit Deutschland das Blut seiner eigenen Söhne gespart haben würde, wenn es Belgien seinem Schicksal überlassen hätte. Man sollte sich doch aus solchen, einstweilen noch theoretischen Worten eine Warnung ziehen. Wir sind keineswegs der Ansicht, daß die Preisgebung Belgiens an die Französischen Eroberungsgelüste, selbst wenn wir uns dadurch Verzeihung für die Siege vom Jahr 1870 und 1871 erkaufen könnten, eine richtige Politik von Seiten Deutschlands wäre, und glauben auch nicht, daß eine solche Möglichkeit in absehbarer Zukunft wirklich eintreten könnte. Ein unabhängiger und fester Belgischer Staat muß jederzeit von einer guten Deutschen Politik auf's Kräftigste unterstützt werden. Daß dieser Staat mehr und mehr dem Jesuitenthum verfällt und zum üppigen Tummelplatz der ultramontanen Agitation geworden ist, verringert allerdings erheblich den Werth, den das Fortbestehen des neutralen Staates für die Europäische Ruhe hat, und schon die Thatfache, daß solche Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der ferneren Selbstständigkeit ihres Staates angestellt werden können, sollte die Leiter der Belgischen Regierung warnen vor den gefährlichen Vätheln, auf denen sie wandeln. Allein es ist, wie ein Berliner Blatt dieser Tage sagte: Die Ultramontanen besitzen eine bewährte Fertigkeit, ein Staatswehen, das ihnen verfallen, zu Grunde zu richten, das jetzige Belgische Ministerium aber entwickelt darin eine hervorragende Meisterschaft. Es wäre zu wünschen, daß die liberale Partei in Belgien, angesichts der neuesten Vorgänge, aus ihrer Schläffheit sich aufraffe.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 11. Mai. In Hoffreisen wird jetzt wieder das Projekt von der Reise des Kaisers Wilhelm nach Italien in höherem Maße als in der letzten Zeit besprochen und man nimmt dort jetzt mit Bestimmtheit an, daß diese Reise im Spätkommer dieses Jahres zur Ausführung gelangen wird. Es heißt, der Empfang, welchen der als Privatmann in Italien weilende Kronprinz seitens des Italienschen Königshauses erfahren und der Seitens des Königs Victor Emanuel ausdrücklich ausgesprochene Wunsch, den Kaiser Wilhelm noch in diesem Jahre als Gast bei sich zu sehen, namentlich aber das Versprechen, welches Kaiser Wilhelm dem Könige von Italien selbst gegeben, ihm in diesem Jahre einen

Besuch abzustatten, seien für den Kaiser die entschiedenste Veranlassung noch in diesem Jahre die Reise zur Ausführung zu bringen, und da auch Seitens der Aerzte schon in diesem Frühjahr hervorgehoben wurde, daß gegen eine derartige Reise im späteren Sommer weniger Einwendungen zu erheben seien, so nimmt man jetzt an, daß der Kaiser entschieden sich zur Ausführung dieses Projectes entschlossen habe. Ob diese Reise jedoch, wie neuerdings von der „Köln. Ztg.“ angedeutet worden, in die Zeit zwischen dem Königsmanöver und dem Geburtstag der Kaiserin fallen werde, darüber dürfte noch keine Entscheidung getroffen sein.

* Der Kaiser von Rußland, welcher gestern bei den Majestäten dинierte und mit dem Kaiser Wilhelm am Abend das Wallnertheater besucht hatte, machte heut früh zunächst seine Spazierfahrt in Begleitung des historisch gewordenen Hundes durch den Thiergarten. Es ist das eine Lieblingsfahrt, welche der Kaiser regelmäßig, so oft er hier ist, täglich ausführt, bevor er zum Dejeuner geht. Bald nach 9 Uhr erschien bei dem Kaiser der Kaiser Wilhelm und conferirte mit seinem hohen Gäste gegen eine Stunde lang. Um 10 1/2 Uhr erschien Kaiser Wilhelm wiederum im Potsdamer Hof und begab sich mit Kaiser Alexander nach dem Potsdamer Bahnhof, auf dem sich bereits die Kaiserin und die Prinzen und die Prinzessinnen unseres Königshauses eingefunden hatten, um mit diesen gemeinschaftlich sich nach Potsdam zu begeben und dort im Lustgarten die Parade über die Potsdamer Garnison, zu der auch das Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiment befohlen war, abzuhalten. Nach der Parade fand in der Kaserne des ersten Garde-Regiments zu Fuß, ein von dem Offiziercorps dieses Regiments veranstaltetes Dejeuner statt, an welchem die beiden Kaiser, die Prinzen Theil nahmen. Nach dem Dejeuner kehrten beide Kaiser und die Prinzen nach Berlin zurück. Das Diner fand in dem engen Familienkreise des Kaisers statt. Abends wird im kaiserlichen Palais eine musikalische-dramatische Abendunterhaltung stattfinden, zu welcher eine größere Anzahl von Einladungen, namentlich an das heute in Parade gestandene höhere Offiziercorps, ergangen sind.

* Fürst Gortschakoff, der Russische Staatskanzler, welcher wie wir bereits meldeten, schon gestern Nachmittag dem Reichskanzler einen Besuch abstattete, und längere Zeit mit demselben conferirte, wiederholte heut Vormittag diesen Besuch, da der Fürst Bismarck sich immer noch nicht in der Lage befindet, eine Ausfahrt unternehmen zu können.

* Ueber die Abreise des Fürsten Bismarck zu längerem Aufenthalt auf Varzin steht bis heute noch nichts definitives fest; jedoch glaubt man, daß der Reichskanzler das Pfingstfest nicht mehr in Berlin zubringen werde. Man glaubt, der Fürst werde am Freitag die Abreise antreten. Der Aufenthalt in Varzin werde, so heißt es weiter, dann bis etwa Mitte Juni andauern, worauf der Fürst sich zur Kur nach Kissingen begeben werde.

* Sonst stets gut unterrichtete Kreise erzählen mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Ems und die Zusammenkunft daselbst mit dem Kaiser Wilhelm jetzt eine beschlossene Sache sei. Aus Wien sollen in dieser Beziehung bereits definitive Zusagen eingetroffen sein. Diese Situation wird auch die Haltung der Wiener officiellen Presse entsprechen, die wenn auch nur verschleiert, doch schon ziemlich deutlich durchblicken läßt, daß derartige Dinge sich vorbereiten. Man glaubt, daß diese Zusammenkunft die drei Monarchen circa vier bis fünf Tage in Ems vereinigen werde.

Oesterreich.

Wien, 10. Mai. Schon wieder vollzieht sich eine Ministerkrise, diesmal eine partielle — in den Journalen. Dr. Herbst, so wird mit vielem Eifer colportirt, soll in das Ministerium eintreten, und zwar nach der einen Version als Sprechminister an die Stelle Ungers, der zu diesem Zwecke mit dem Präsidium des Verwaltungsgerichtshofes bedacht wird, nach der anderen als Finanzminister, während Freiherr de Pretis das Handels-Portefeuille übernimmt. Erkundigungen, die wir bei zuverlässigen Parteifreunden in Prag eingezogen haben, machen es unzweifelhaft, daß an allen diesen Gerüchten kein wahres Wort ist. Dr. Herbst hat weder einen Antrag erhalten ins Kabinet einzutreten, noch ist er im mindesten geneigt, seine unabhängige, für die Verfassungspartei so werthvolle Stellung als Parteiführer im Abgeordnetenhaus mit einem Sitze auf der Regierungsbank zu vertauschen.

— Die Schlußconferenzen über die Zollconvention mit Rußland haben, wie dem Pesti Naplo aus Wien geschrieben

wird, am 7. d. M. ihren Abschluß gefunden; das Resultat sei einstweilen noch strenges Geheimniß. Dasselbe Blatt meldet, daß im Verlaufe des Monats Juli in Wien die Verhandlungen über die Revision des Zoll- und Handelsbündnisses zwischen Oesterreich und Ungarn beginnen werden. Es sollen dies vorerst bloß einleitende Beratungen sein, denen dann die Conferenzen der beiderseitigen Fachminister folgen würden.

— Das Ungarische Abgeordnetenhaus tagte auch am Sonntag. Es entspann sich eine kurze, aber sehr lebhaft Debatte über den Beschluß des Oberhauses, durch den der Gesekentwurf über die Neu-Organisation der Gerichtshöfe abgelehnt wurde. Die Rechte schloß sich dem Oberhause an und reichte einen Antrag ein, nach welchem der Entwurf zur gänzlichen Umarbeitung an die Regierung zurückverwiesen werden sollte. Der Justizminister Perczel beschriftete natürlich sehr eifrig, das Abgeordnetenhaus möge auf seinem früheren Beschlusse beharren. Das geschah denn auch. Der Entwurf geht unverändert ans Oberhaus zurück.

Frankreich.

Paris, 9. Mai. [Special-Correspondenz.] Noch streitet man darüber, ob der Alarmartikel der „Times“ nur ein Nachwerk ihres Korrespondenten oder ob er das Resultat diplomatischer Inspirationen, ob er französisch sei oder irgend welchen Deutschfreundlichen Hintergedanken in sich berge. Der zweite Artikel des leitenden Englischen Blattes, welcher die Uebertreibungen des ersten abzuschwächen suchte, hat hier seine Wirkung ganz verfehlt, da er mit gutem Grund lediglich als eine Verstärkung desselben angesehen wird. Alle Hinweise der Blätter auf die beruhigenden Artikel Deutscher und Englischer Journale vermögen die Gemüther nicht zu beruhigen. Man ist daher von Seiten der Regierung entschlossen, die kriegerischen Gerüchte offiziell in drastischer Weise zu demontiren. In dem gestern abgehaltenen Ministerrathe ist der Beschluß gefaßt worden, daß der Herzog von Decazes die erste Gelegenheit ergreifen soll, um den seit einiger Zeit verbreiteten Kriegsgerüchten entgegenzutreten und von der Tribüne der Nationalversammlung eine durchaus friedliche Erklärung abzugeben. Der Minister wird, wie ich von gut unterrichteter Seite erfahre, die bevorstehende Ratifikation des Veraer Postvertrages in der Kammer benutzen, um diese Erklärung abzugeben, auf welche das Kabinet ein großes Gewicht legt. — Zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Herzog von Audiffret-Pasquier, dem Präsidenten der Nationalversammlung, haben gestern und heute lange Verhandlungen wegen definitiver Festsetzung der Tagesordnung für die Kammer stattgefunden. Es sind scharfe Gegensätze zu Tage getreten; der Herzog von Audiffret-Pasquier hat wiederholt die Meinung ausgebrückt, daß die bevorstehend parlamentarische Session so kurz wie möglich sein, und daß alle nicht dringenden Vorlagen zurückgelegt werden müssen. Der Cabinetschef dagegen vertrat die Ansicht, daß die Kammer noch zu einer Herbstsession zusammentreten müsse. Schließlich hat der Minister nachgegeben, da der Herzog unerbittlich war, und erklärt, wenn die Majorität, wie er annehmen müsse, der gleichen Ansicht sei, so werde sich das Ministerium dem nicht widersetzen und die Neuwahlen auf einen früheren Termin festsetzen, als bisher beabsichtigt war. — Morgen wird die Konsultativkommission über das Preßgesetz ihre letzte Sitzung halten. Die Frage, die Presse unter eine Art Civilbelagerungsstand zu stellen, ist in der That diskutiert worden und hat in der Kommission nicht so viel Widerstand gefunden, als man annehmen sollte. Im Ministerrathe hat man die Frage fallen lassen. Es wurde bemerkt gemacht, daß es sich nicht darum handle, ein definitives, sondern nur ein wesentlich transitorisches Gesetz herzustellen. Für den Moment könne man kein definitives Preßgesetz entwerfen, da ein solches in liberalem Sinne abgefaßt sein müsse. Jetzt seien einerseits die Schwierigkeiten in den diplomatischen Beziehungen in Betracht zu ziehen, andererseits auf die Agitation Rücksicht zu nehmen, welche die doppelten Wahlen für den Senat und die Kammer hervorgerufen, die Regierung dürfte nicht entwaftet werden. Das Kabinet hat lange und eingehende Beratungen über diesen Gegenstand abgehalten. — Während die offizielle „Epoca“ verkündet, daß die Spanische Regierung die Coupons ihrer Staatsschuldcheine nicht einlösen kann, melden andere ministerielle Blätter, daß das Kabinet alle Anstalten getroffen habe, den Krieg gegen die Karlisten mit aller Energie zu führen. Die Armee des Centrums hat Befehl erhalten, den Karlisten keine Ruhe zu lassen. Mehrere kleine Siege werden bereits gemeldet.

— Heute beherrscht die Journale, die politischen Kreise und Klubs nur ein Thema: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Berlin. Ein Artikel der „Times“, welcher mit den

